

# Rot-Grün will entschlossen regieren

Schröder und Fischer stellen erste Weichen – Däubler-Gmelin, Möllemann und Merz treten ab

BERLIN: Nach ihrem Zittersieg bei der Bundestagswahl wollen SPD und Grüne entschlossen weiter regieren. Bundeskanzler Gerhard Schröder und Aussenminister Joschka Fischer stellten am Montag die Weichen für eine Neuauflage der rot-grünen Koalition, die im neu gewählten Bundestag über neun Sitze Vorsprung verfügt.

Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber bleibt bayerischer Ministerpräsident. Er kündigte eine ebenso harte wie konstruktive Opposition an und gab Rot-Grün nur eine kurze Überlebensdauer. Einen Tag nach der Wahl kündigten prominente Spitzenpolitiker aus Koalition und Opposition ihren Rückzug an.

So verzichtete Justizministerin Herta Däubler-Gmelin wegen des Streits um ihren angeblichen Vergleich zwischen der Politik des US-Präsidenten George W. Bush und Adolf Hitlers auf einen Verbleib in der neu zu bildenden Bundesregierung. Einen Wechsel gibt es zudem an der Fraktionsspitze der Sozialdemokraten, wo der bisherige Generalsekretär Franz Müntefering Ludwig Stiegler ablöst. Auch Unionsfraktionschef Friedrich Merz kündigte sei-



Kanzler und Aussenminister werden bleiben: Gerhard Schröder und Joschka Fischer.

nen Rückzug an, nachdem die CDU-Vorsitzende Angela Merkel ihre Kandidatur für dieses Amt erklärt hatte. Schliesslich trat der stellvertretende FDP-Vorsitzende Jürgen Möllemann zurück, wozu ihn die Parteiführung wegen seines Streits mit dem Zentralrat der Juden einstimmig aufgefordert hatte.

Nach dem erst am frühen Morgen verkündeten vorläufigen amtlichen Endergebnis verfügen SPD und Grüne über eine Mehrheit von 306 Abgeordneten gegenüber 297 der Opposition aus CDU/CSU, FDP und den beiden direkt gewählten PDS-Parlamentarierinnen. SPD und Unionsparteien lagen am Ende mit je 38,5 Prozent gleichauf, die SPD stellt aber mit 251 Sitzen wieder die stärkste Fraktion vor CDU/CSU (248). Schröder äusserte die Erwartung, dass der Sozialdemokrat Wolf-

gang Thierse Bundestagspräsident bleibt. Die Grünen erzielten mit 8,6 Prozent und 55 Abgeordneten ihr bisher bestes Ergebnis im Bund. Die FDP kam auf 7,4 Prozent und 47 Sitze.

### Stoiber kündigt USA-Reise an

CSU-Chef Stoiber erklärte, Schröder habe «eine knappe Mehrheit, damit kann man zunächst einmal regieren». Der bayerische Ministerpräsident bezweifelte aber, dass Rot-Grün den wirtschaftlichen Niedergang, die Arbeitslosigkeit und die anstehenden grossen Sozialreformen in den Griff bekomme. Die Koalition werde «so grosse Schwierigkeiten haben, dass sie meines Erachtens die Legislaturperiode nicht überstehen wird». Die Union sei wieder auf gleicher Augenhöhe mit der SPD, in Berlin werde die CSU künftig eine grössere Rolle spielen, betonte



Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel wird Fraktionschefin, Edmund Stoiber bleibt Bayern treu.

gang Thierse Bundestagspräsident bleibt. Die Grünen erzielten mit 8,6 Prozent und 55 Abgeordneten ihr bisher bestes Ergebnis im Bund. Die FDP kam auf 7,4 Prozent und 47 Sitze.

Der SPD-Vorsitzende Schröder kündigte an, seine Partei werde «ganz schnell Koalitionsverhandlungen» aufnehmen. Dazu sei ein kleines Team aus ihm selbst, Thierse, Müntefering, Finanzminister Hans Eichel und Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiecek-Zeul gebildet worden. Die Grünen nannten die amtierenden Bundesminister Fischer, Renate Künast und Jürgen Trittin, die Parteichefs Claudia Roth und Fritz Kuhn sowie die Fraktionsvorsitzenden Kerstin Müller und Rezzo Schlauch als Verhandlungspartner. Bereits in der Nacht zum Montag hatten Schröder und Fischer im SPD-Parteihaus erste Absprachen getroffen. Als einzige Personalentscheidung für das neue Kabinett gab Schröder bekannt, dass der für den Aufbau Ost zuständige Staatsminister Rolf Schwanitz sein Amt behalten und im Kanzleramt bleiben werde.

Grünen-Parteichef Kuhn kündigte an, die Koalitionsgespräche sollten noch vor dem Grünen-Parteitag am

18./19. Oktober abgeschlossen sein. Das Gewicht der Grünen innerhalb der Koalition werde sich verstärken – «an welchen Stellen, werden die Gespräche ergeben». Die Forderung nach einem vierten Ministerium wurde nicht laut. Fischer sagte: «Wenn wir gewinnen, ist das nicht Anlass für Muskelspiele.»

Stoiber, der zugleich eine USA-Reise ankündigte, um für Deutschland «ausserpolitischen Vertrauen zurück zu gewinnen». Im Machtkampf mit Unionsfraktionschef Merz setzte sich derweil Merkel durch. Nachdem die CDU-Vorsitzende offiziell ihren Anspruch auf den Fraktionsvorsitz angemeldet hatte, gab Merz am Nachmittag im Interesse der Geschlossenheit seiner Partei seinen Verzicht auf den Posten bekannt. Merkel soll bereits heute Dienstag auf der konstituierenden Sitzung der CDU/CSU-Fraktion zur neuen Vorsitzenden gewählt werden.

Der stellvertretende FDP-Chef Möllemann erklärte seinen Rücktritt, «um der FDP eine Zerreissprobe und eine weitere Beschäftigung mit sich selbst zu ersparen». Er will aber FDP-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen bleiben und auch sein Bundestagsmandat annehmen. Parteichef Guido Westerwelle begrüsst Möllemanns Rückzug.

Die PDS, die mit vier Prozent an der Sperrklausel scheiterte, ist künftig nur noch mit zwei in Ostberlin direkt gewählten Abgeordneten im Bundestag vertreten.

## USA hätten lieber Stoiber

WASHINGTON: Die amerikanische Regierung hat frostig auf den Sieg von SPD und Grünen bei der Bundestagswahl reagiert. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld erneuerte am Montag den Vorwurf, das deutsch-amerikanische Verhältnis sei «vergiftet». Der Sprecher des Weissen Hauses, Ari Fleischer, kündigte eine Erklärung des US-Aussenministeriums zum Ausgang der Wahl an. «Und das ist alles, was ich dazu sagen werde», fügte er hinzu. Bundeskanzler Gerhard Schröder und Aussenminister Joschka Fischer bemühten sich um Schadensbegrenzung. Schröder erklärte in Berlin, die unterschiedlichen Auffassungen in der Irak-Politik würden bleiben. Aber die Verwerfungen würden sich in direkten Gesprächen «schnell auflösen». Er wolle seinen Beitrag dazu leisten, die unterschiedlichen Ansichten «fair, offen miteinander austragen, ohne dass damit die Basis der deutsch-amerikanischen Beziehung in irgendeiner Form beeinträchtigt wird». Alles, was er zu sagen habe, «werde ich ihm (Bush) direkt sagen». Fischer sagte, der Eindruck eines Bush-Hitler-Vergleichs, der nach Äusserungen von Justizministerin Herta Däubler-Gmelin entstanden sei, müsse ungeachtet ihrer tatsächlichen Äusserungen ausgeräumt werden. Das werde geschehen, «ganz klar und eindeutig».

## P.E.N.-Club warnt vor Militärschlag

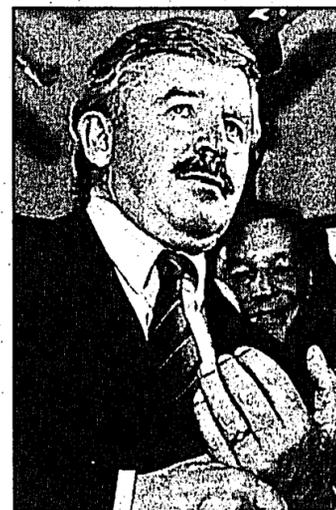
SKOPJE: Der internationale P.E.N.-Club hat am Montag an US-Präsident George W. Bush appelliert, sich beim Vorgehen gegen Irak streng an UN-Beschlüsse zu halten. Bei einem Jahrestreffen im mazedonischen Ort Ohrid sprachen sich 65 Delegierte der weltweiten Schriftstellervereinigung für eine Resolution aus, in der die USA und deren Verbündete vor einem Militärschlag gegen Irak gewarnt werden. Laut der Resolution würde eine Kriegserklärung Leid über die irakische Zivilbevölkerung bringen und zu Chaos in Nahost führen.

## «Multilaterales Vorgehen»

KOPENHAGEN: 25 Staats- und Regierungschefs aus der EU und Asien haben sich am Montag für ein «multilaterales Vorgehen» im Konflikt mit Irak ausgesprochen. Das teilte der dänische Ministerpräsident und Gastgeber, Anders Fogh Rasmussen, nach der ersten Diskussionsrunde des zweitägigen Gipfeltreffens in Kopenhagen mit. Er räumte ein, dass es keine Einigkeit in der Frage gegeben habe, ob militärische Gewalt gegen Irak angewendet werden sollte. Viele Teilnehmer seien der Ansicht, «dass die Nahostkrise die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zu Irak verkompliziert». Insbesondere in Asien gebe es Bedenken gegen einen von den USA geführten Militärschlag gegen Irak, hiess es weiter.

## Arafat wird weiter belagert

RAMALLAH: Der palästinensische Unterhändler Sajeb Erakat hat am Montag am Sitz der israelischen Armee in Beit El Gespräche über ein Ende der Krise mit Offizieren geführt. Ergebnisse blieben aus, Israel blockierte Arafat weiter. Nach den gescheiterten Gesprächen besuchte Erakat den palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat in seinem verwüsteten Amtssitz. Israel verlangte von Arafat, etwa 20 mutmassliche palästinensische Extremisten auszuliefern. Der israelische Kabinettssekretär Gideon Saar sagte, nach deren Auslieferung könne Arafat seinen Amtssitz umgehend verlassen. Die palästinensische Seite lehnt jedoch sowohl die Auslieferung wie auch die von Israel geforderte Namensliste aller rund 200 eingeschlossenen Personen ab.



Opfer des Ausland-Drucks: Herta Däubler-Gmelin und Jürgen Möllemann.



Unionsfraktionschef Friedrich Merz kündigte seinen Rückzug an.

ANZEIGE

Das Volksblatt Magazin

# sofa

Das nächste SOFA mit dem Schwerpunkt «Bauen & Wohnen» erscheint am 17. Oktober 2002. Unter anderem mit diesen Themen:

**Lofts**  
Wohnen und Arbeiten in umgebauten Fabriketagen. Lofts erfreuen sich grosser Beliebtheit. Wer sich diesen Traum verwirklichen möchte, muss etwas tiefer in die Tasche greifen.

**Farbenrausch**  
Ob Sandsteinmalerei, mediterranes Flair oder andere Wandmalereien: Farben bringen Würze ins Leben.

**Bonsai**  
Übersetzt heisst Bonsai «auf einem Tablett gepflanzt». Ebenfalls auf einem Tablett servieren wir Tipps, rund um eine erhabene Schönheit.

**Inserateschluss ist der 1. Oktober 2002**